



VSA-AAS

Verein Schweizerischer Archivarinnen und Archivare
Association des archivistes suisses
Associazione degli archivisti svizzeri
Associaziun da las archivarias e dals archivaris svizzers
www.vsa-aas.ch

VSA-AAS
c/o Büro Pontri GmbH
Postfach
CH-3322 Urtenen-Schönbühl

t +41 (0)31 312 26 66
f +41 (0)31 312 26 68

info@vsa-aas.ch
www.vsa-aas.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Vorsteherin
Frau BR Simonetta Sommaruga
Revision_URG@ipi.ch

Bern, 22. Februar 2016

Eingabe des Vereins Schweizerischer Archivarinnen und Archivare zur Vernehmlassungsvorlage der URG-Revision

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Im Rahmen der Vernehmlassung zur URG-Revision möchten wir Ihnen die Position des Verbands zukommen lassen. Bevor wir auf die einzelnen Bestimmungen der Vorlage eingehen, möchten wir folgende allgemeine Anliegen anbringen:

- **Rechtsstaatlicher Auftrag der Archive:** Archive erfüllen einen gesetzlichen Auftrag und leisten eine rechtsstaatlich wesentliche Funktion, indem sie den grundrechtlichen Anspruch auf Nachvollziehbarkeit und Transparenz im Verwaltungshandeln gewährleisten. Archive sind damit ein Pfeiler der Demokratie. Das Urheberrecht darf den Zugang zu Archivgut weder einschränken noch besondere Kosten verursachen. Archive sind zur Wahrung der inhaltlichen Integrität der bei ihnen gelagerten Daten verpflichtet was zusätzliche Kosten nach sich zieht und die Befreiung von weiteren Gebühren umso mehr legitimiert. Darüber hinaus besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse daran, alle archivierten Informationen urheberrechtlich frei und im Rahmen der für Archive geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbreiten bzw. zur freien Weiternutzung zugänglich machen zu können.
- **Kultureller Auftrag der Archive:** Nicht-staatliche Archive erfüllen eine für die Gesellschaft wesentliche Funktion komplementär zu den staatlichen Archiven. Mit privaten Mitteln erhalten diese einmaliges Archivgut, das auch Werke gemäss URG enthalten kann, und machen dieses der Allgemeinheit zugänglich. So fördern sie die kulturelle Teilhabe im Sinne einer aktiven und passiven Teilnahme möglichst vieler am Kulturleben und am kulturellen Erbe einer Gesellschaft (u. a. eine der zentralen Handlungssachsen des Bundes, verankert in der Kulturbotschaft 2016-2020).
- **Beitrag staatlicher und nicht-staatlicher Archive zur Werkerhaltung:** Für alle Archive - ebenso wie für Bibliotheken, Museen etc. - ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass gewisse Urheberrechte nur wahrgenommen werden können, weil diese Institutionen überhaupt das Fortbestehen von Werken i.S. des URG gewährleisten. So wird immer nur darüber diskutiert, wie gross die Entschädigung dieser Nutzer gegenüber den Urhebern sein soll, die Leistung dieser Institutionen zu Gunsten der Urheber wird hingegen dabei völlig vernachlässigt.



- Umfassende Zugangsregelung als Konsequenz der Werkerhaltung: Für die mit öffentlichen oder privaten Mitteln geleistete Arbeit müssen Archive die erhaltenen Werke auch frei nutzen können. Ihr finanzieller Aufwand zur Erhaltung von Archivgut ist beträchtlich. Als Teil des Eigengebrauchs muss auch eine öffentliche Vorführung inkl. Publikation für alle Archive möglich sein. Im Weiteren gehört zum inhaltlichen Auftrag aller Archive nicht nur die Publikation von Archivgut zur Einsichtnahme, sondern auch die zur Verfügungstellung für eine freie Weiternutzung durch Dritte. Dies als Teil eines Demokratieverständnisses einer Gesellschaft. Das URG schränkt dieses öffentliche Interesse am Zugang zum Archivgut momentan ein. Eine Regelung, die den Zugang gesamthaft ermöglicht, ist notwendig, damit Archive ihre gesellschaftliche und gesetzliche Funktion vollständig erfüllen können.
- Reduktion der Schutzdauer von 70 Jahren nach dem Tod des Urhebers: Es ist nicht nachvollziehbar und entspricht in keiner Weise mehr unserer heutigen Informationsgesellschaft, dass nicht nur der Urheber, sondern auch noch 2-3 ihm nachfolgende Generationen geschützt werden sollen. Zudem ist die Schutzdauer in anderen Ländern bereits deutlich reduziert worden oder es steht zumindest eine Reduktion an.

Im Folgenden nun unsere Rückmeldungen zu den einzelnen Bestimmungen des Vernehmlassungsentwurfs:

Art. 5 E- URG Nicht geschützte Werke

Zugang zu Archivgut umfasst nicht nur die Verbreitung, Publikation und Einsicht sondern auch die damit verbundene freie Weiternutzung der Unterlagen durch die Einsichtnehmenden. Damit Archive ihre rechtstaatliche Funktion vollständig erfüllen können braucht es eine Regelung für Archivgut in Art. 5 URG als nicht geschützte Werke. In den Erläuterungen wird der Wortlaut des Art. 5 Abs. 1 lit. c URG richtigerweise dahingehend präzisiert, dass auch Unterlagen, die nicht von Behörden erstellt wurden, aber in die behördlichen Unterlagen integriert worden sind, urheberrechte-frei sind (vgl. Erläuternder Bericht, S. 57). Dies sollte bereits aus dem Gesetzestext selbst ersichtlich sein, weshalb wir folgende Präzisierung vorschlagen:

Art. 5 lit. c

Unterlagen, wie Entscheidungen, Protokolle und Berichte von Behörden und öffentlichen Verwaltungen, sowie deren Grundlagen.

Weiter begrüßen wir im Grundsatz den Vorschlag unter Änderung anderer Erlasse Ziff. 5. "Bundesgesetz vom 26. Juni 1998 über die Archivierung", der darauf abzielt urheberrechtlich geschütztes Archivgut in zeitgemässer Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Allerdings darf dieser Erlaubnistatbestand nicht bloss auf das Bundesarchiv beschränkt sein, sondern muss für alle staatlichen Archive gelten, denn der gesetzliche Auftrag und der Beitrag zur Rechtsstaatlichkeit bzw. Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Handelns staatlicher Organe sind bei allen staatlichen Archiven gegeben. Daher fordern wir die Verankerung dieses Grundsatzes direkt im URG, z.B. in einer neuen litera e des Art. 5:

Art. 5 lit. e

Staatliche Archive dürfen Werke, die sich in ihrem Archivgut befinden und an denen Urheberrechte Dritter bestehen, vervielfältigen, verbreiten und mit irgendwelchen Mitteln so zugänglich machen, dass Personen von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl dazu Zugang haben.

Art. 13 E-URG Sachüberschrift, Abs. 1 und 2

Die Einführung eines Verleihrechts (Bibliothekstantieme) lehnen wir grundsätzlich ab. Aus Sicht der Archive ist ausserdem die vorgeschlagene Formulierung „sonst wie zur Verfügung stellt“ zu einschränkend. Archivgut sind meist Unikate, insofern werden sie nicht vermietet oder verliehen. Es sollte klar zum Ausdruck



kommen, dass nur Vermieten und Verleihen und kein anderes zugänglich machen durch die Archive gemeint ist.

Art. 22b E-URG Verwendung von verwaisten Werken

Im Grundsatz begrüsst der Verband die Möglichkeit der Verwendung verwaister Werke und die Erweiterung von Art. 22b auf alle Werkarten (inkl. online zugängliche), denn die Nutzung verwaister Werke ist je nach Archivbestand ein zentrales Anliegen. An dieser Stelle muss aber wiederum darauf hingewiesen werden, dass Archive bereits einen erheblichen Beitrag zur Werkerhaltung leisten. Daher sollten sie nicht noch zusätzlich belastet werden.

Ausserdem ist der Rechercheaufwand für die Verwender erheblich. Dieser könnte reduziert werden, wenn die Verwertungsgesellschaften Datenbanken mit den als verwaist geltenden Werken führen. Wir schlagen daher die Einfügung des folgenden Absatzes 5 für Art. 22b E-URG vor:

Art. 22b Abs. 5

„Die Verwertungsgesellschaften führen und veröffentlichen Verzeichnisse, in denen sie diejenigen Werke aufnehmen, die als verwaist gelten.“

Art. 24d E-URG Verwendung von Werken zu wissenschaftlichen Zwecken

Aus Archivsicht ist die Einführung einer Schrankenregelung für wissenschaftliche Zwecke nicht wünschenswert. Archivgut muss allen gleichermassen zur Verfügung stehen. Die Nutzung von Werken sollte nicht davon abhängen, ob eine wissenschaftliche Tätigkeit angestrebt wird oder nicht. Entsprechend sollte die Nutzung der Werke zur technischen Bearbeitung, also beispielsweise der Vorgang des Data Mining, als solche uneingeschränkt für alle möglich sein. Die Regelung im URG sollte demnach an die technische Bearbeitung anknüpfen und nicht daran, von wem und zu welchem Zweck die Tätigkeit vorgenommen wird. Ausserdem lehnen wir die hier vorgeschlagene Vergütung ab, da sie eine prohibitive Wirkung hat und somit den eigentlichen Nutzungszweck verhindert.

Art. 24e E-URG Bestandesverzeichnisse

Der Verband begrüsst die Möglichkeit der vergütungsfreien Bestandesverzeichnisse. Je nach Bestand besteht Bedarf, solche Verzeichnisse zu publizieren, und diese leisten einen wichtigen Beitrag zur Erschließung und Vermittlung von Archivgut. Online-Findmittel entsprechen heute den allgemeinen Benutzererwartungen und sind in der Informationsgesellschaft unerlässlich. Damit wird die Zugänglichkeit zu Wissen und Kultur gefördert, und potentielle Nutzende werden auf Archivgut aufmerksam gemacht.

Art. 41 & 53 Abs. 1 E-URG Bundesaufsicht

Wir begrüssen grundsätzlich die Präzisierung und Erweiterung der Bundesaufsicht über die Verwertungsgesellschaften. Gleichzeitig fordern wir eine explizite Unterstellung der Verwertungsgesellschaften unter den Geltungsbereich des Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ). Entsprechend müsste in Art. 2 BGÖ eine Litera d. ergänzt werden:

d. Verwertungsgesellschaften, die gemäss Art. 40 URG bewilligungspflichtig sind

Art. 43a E-URG Freiwillige Kollektivverwertung

Wir begrüssen die Möglichkeit der Zugänglichmachung grosser Mengen an Werken durch die freiwillige Kollektivverwertung und dies selbst dann, wenn sich Werke von Rechteinhabern und -inhaberinnen darunter



befinden, die keiner Verwertungsgesellschaft angeschlossen sind. Dies ermöglicht optimal Massendigitalisierungsprojekte von Beständen, ohne dass die Nutzer und Nutzerinnen aufwändig die Rechte an den einzelnen Werken abklären müssen. Allerdings ist die Regelung im Hinblick auf bereits getätigte Kosten zur Erhaltung der Werke im Bezug auf die Rechtssicherheit für die Urheberrechtsnutzer problematisch, da sich der Urheber oder die Urheberin nachträglich aus der Lizenzvereinbarung auch wieder zurückziehen kann.

Art. 29 URG deutliche Verkürzung der urheberrechtlichen Schutzfrist

Es ist heute weder einsehbar noch zeitgemäss, dass mit der urheberrechtlichen Schutzfrist von 70 Jahren post mortem auctoris (p.m.a.) nicht nur der Urheber bzw. die Urheberin selber zu Lebzeiten, sondern auch noch bis zu drei ihm nachfolgende Generationen bezüglich seines Werkes urheberrechtlich geschützt und wirtschaftlich abgesichert werden sollen. Es sollte vermieden werden, dass zum Schutz wirtschaftlicher Interessen einiger weniger Rechtsnachfolger von tatsächlich profitablen Werken der kulturelle Fundus mehrerer Generationen über Gebühr der freien Verwendung durch die Allgemeinheit vorenthalten wird. Andere Länder, beispielsweise Japan, Neuseeland und Kanada, kennen bereits heute eine kürzere Schutzfrist. Wir plädieren für eine deutlich weitergehende Schutzfristverkürzung, die den Urheber und eine ihm nachfolgende Generation schützt, also 20 Jahre p.m.a..

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme unserer Ausführungen im Rahmen der Vernehmlassung. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung. Bitte richten Sie Ihre Rückmeldungen an folgende Adresse: urg-lda@vsa-aas.ch

Mit freundlichen Grüssen

Claudia Engler (Präsidentin)

Philippe Künzler (Vizepräsident)